



Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandt. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnr. 282. Inserationsgebühr für die Pettizelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandsklassifizierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Ber. 1 SO., Engelauer 15 II.

Nr. 8.

Berlin, den 22. Februar 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Breslau, Gräfenroda (W. Heene, Eckert u. Menz, K. Heizner), Bheinsberg, Rudolstadt (Vollstadt, Schwarza), Criptis, Leckendorf i. Westf. (Firma Grässel u. C.), Vegesack.

Die Sperrre über Firma Rosenthal, Zell (für Isolatorenabrecher), ist aufgehoben.

Der Vorstand.

Verpflichtung zum Streikbruch.

Der moderne Rechtsstaat mit seinen Paragraphen und geschriebenen Gesetzen ist der Ausdruck eines wohlverstandenen Klassentreffens. In dieser Begehung erschöpft sich auch gleichsam jener historische Materialismus, nach welchem sich auf "der ökonomischen Grundlage der juristische und religiöse Ueberbau einer Zeitperiode erhebt". Dass das nicht bloß eine theoretisch gelehrt Formel, eine Phrase ohne Inhalt und Bedeutung ist, hat uns Deutschland mit seiner allerjüngsten Vergangenheit neu erlich gelehrt. Die wiederholten Rechtsprüche, die sowohl von gelehrten Berufsschülern, als auch von Batenträtern mit Bezug auf die Arbeiterbewegung und der mit ihr zusammenhängenden Fragen geschöpft wurden, haben gleichsam unumstößlich auf's Neue dargehan, daß siwo Niemand, er mag siwo vom Buchstaben des geschriebenen Rechtes, oder aber von seinem freien inneren Rechtbewußtsein leiten lassen, von jener Abschauung und der Ausschaffung der Dinge los zu machen vermag, die er auf Grund seiner sozialen Maßnahmen in sich aufgenommen hat. In neuerer Zeit liegt folgender Fall, ber zu diesen Erwähnungen hinzugeordnet, vor uns: Der Kommerzienrat Fühn hatte seiner Zeit für seine Eisengießerei Forme aufgenommen, die für eine Seilbremse bedurfte, in der sich die Arbeiter im Uebtzugszuge mit der Firma sie rüben, Modelle fertig stellen sollten. Die betreffenden Arbeiter des Firms Rühn weigerten sich, die Arbeit auszuführen, als ihnen die ganze Schläge bekannt wurde. Was

hat nun der Herr Kommerzienrat? Er entließ einfach die Arbeiter wegen Ungehorsams ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und lagte überdies auf Schadenersatz. Das Gericht erkannte dann auch „Recht“, daß die beschuldigten Arbeiter gemeinschaftlich zur Zahlung von 2643,76 Mk. an die klägerische Firma verurtheilt werden. Die beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde verworfen und hat nun die höchste Instanz in den Entscheidungsgründen rundweg erklärt: „Das Recht kann dem Dienstherrn nicht zumuthen, sich der rechtswidrigen Arbeitsverweigerung seiner Arbeiter in dieser Weise zu fügen u. s. w.“ Dass die Arbeitsverweigerung rechtswidrig sei, in einem Falle, wo diese nicht leistungsfertig und grundlos von Seite der Arbeiter erfolgt, ist gewiß eine Behauptung, über die sich selbst vom Standpunkt des bürgerlichen Rechtes streiten läßt. Hören wir einmal einen bürgerlichen Gelehrten, den Wiener ordentlichen Universitätsprofessor Eugen v. Philippovich über die rechtliche Seite dieser Frage. Er sagt: „Von der Anerkennung der Roalitionsfreiheit ist von selbst auch das Recht der Einschaltung der Arbeit gegeben. Die Richtannahme aber Nichtfortsetzung der Arbeit ist ja schon nach dem Grundsatz des freien Arbeitsvertrages das Recht jedes einzelnen“.

Freilich, argumentiert das geschriebene Recht, darf diese „Nichtfortsetzung der Arbeit“ nicht plötzlich, ohne die Erfüllung gewisser Formalitäten erfolgen, wodurch der Bruch eines Vertrages, also der Kontraktbruch, entsteht. Was ist denn ein Vertrag überhaupt? Ein Vereinkommen zweier Personen, woson die eine etwas zu lassen, die andere etwas zu gestalten, zu erfüllen, die Zulage macht. Doch diese von zwei Seiten erfolgten Einwilligungen im Gewisssein auch ihrer sittlichen Richtigkeit gewichen sein müssen, wenn der zuende gekommene Vertrag nicht rechtmäßig sein soll, ist wohl zweifellos und liegt im Wesen einer gewissen Rechtsgrundlage. Auch der Stoff des freischen Rechtsgesetzes hat diesen Gedanken keineswegs außer Acht gelassen. § 158, Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt nämlich ganz klar: „Ein Steige-

geschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“ Hier ist also die Grenze festgestellt, wo ein Vertrag aufhört, rechtsgültige Wirkung zu haben. Gegen die guten Sitten verstörend ist nun zweifellos jede Handlung und jedes Ansehen, das gegen die persönliche Freiheit, insbesondere aber gegen die persönliche Ehre eines Einzelnen gerichtet ist. Kein Recht entspringt aber so sehr der persönlichen Freiheit, als das Recht auf Unabhängung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen, für die die Geschäftsgabe eines Kulturstates die Roalitionsfreiheit gewährleistet. „Das Recht kann dem Dienstherrn nicht zumuthen, sich der rechtswidrigen Arbeitsverweigerung seiner Untergebenen zu fügen“. Nur denn aber dann dieses „Recht“ dem Arbeiter zumuthen, daß er seinen freitenden Kollegen in den Rücken fällt? Das ist Gewissenssache, ja eine Sache der persönlichen Ehrenhaftigkeit, hat nicht gerade in der bürgerlichen Gesellschaft jeder Stand seine besondre Ehre, die zu verlegen und zu bejubeln gejen die geltende Moral reißt. Eines der ältesten geschriebenen Rechte, das ja mudiisch-Arbeiterrecht, bestimmt schon über diesen Gegenstand: „Der Arbeiter darf über Zeit vom Vertrage einseitig zurücktreten und die Arbeit einstellen. Er kann im Falle der Arbeitsabschaltung weder strafrechtlich verfolgt noch an Kontrakterfüllung belangt werden, denn es steht geschrieben: „Wer sollte ihr Rechte sein, meine Rechte. Warum die Wiederholung? Sie will sagen: Wer allein sollte ihr Rechte sein, nicht aber Rechte anderer Menschen. Wäre aber der Arbeiter rechtlich zur Weiterarbeit gezwungen, so wäre er Recht oder Elende des Arbeitgebers. Seine individuelle Freiheit wäre aufgehoben.“ (Trajet. Elaba Roma fol. 116 C. Redig Chojchem hamilu pat.)

Würde also gewisse Dinge nicht mit der Standesehrer des Richters, des Studenten, des Professors nicht vereinbar sind, ebenso sinkt es gewisse Bindungen nicht mit der Standesehrer des Arbeiters. Menschen mit es die gewissenssichliche Ehre, die den Arbeiter davon zurückhalten mög, keinen Klassen-

das bürgerliche Recht und die landläufige Moral diese Ehre respektieren, an sonstigen ist die ganze Rechtsgleichheit des modernen Rechtsstaates purer Schwindel. „Keine Korporation, sagt Professor Sorburt, kann ohne eine besondere Genossenschafts-Ehre gedeihen, ohne daß sie denjenigen für ehrlos erklärt, der die Interessen der Korporation verlegt.“

Raum also der bürgerlichen Staats verlangen, daß sich der Arbeiter selbst zu einem Ehrlosen stempelt? Ja, der bürgerliche Staat! Er ist die Summe jener wirtschaftlichen Macht, die die ökonomisch Starke repräsentieren, und so erhält denn das Recht, sowohl das geschriebene als das in der wandelnden Moral verkörperte, seinen besonderen Ausdruck und wird zum Rechte des Klassenstaates. Die Männer, die zeitweilig „Recht sprechen“, mögen immerhin sich von ihrer liebsten Überzeugung leiten lassen, — das Recht bleibt an der ökonomischen Struktur der Gesellschaft haften, als Klassenrecht ins Klassenstaat. Fr. L.

Reichschaftsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900. (Schluß)

Weder den Gewerkschaften, noch der Parteileitung ist es jemals eingefallen, Germanisierungsversuche zu machen. Stets sind sie dafür eingetreten, daß jeder Mensch ein Recht auf seine Muttersprache hat, daß die Volkseigenthümlichkeiten berücksichtigt und anerkannt werden müssen. Die Unterdrückten aller Länder haben in der modernen Arbeiterbewegung einen energischen Anwalt gefunden. Diese Arbeiterbewegung will aber nicht neue Staatsformationen schaffen, sondern ohne Rücksicht auf durch Gewalt künstlich geschaffene Landesgrenzen dem gesamten Proletariat eine höhere Lebenshaltung und endgültige Befreiung vom Foch des Kapitalismus bringen. Sie fleht nicht danach, welcher Nation der ausbeutende Kapitalist oder der ausgebeutete Proletarier angehört, sondern bekämpft den Ersteren und sucht den Letzteren zu schützen, gleichviel, ob sie russischer oder japanischer Nationalität sind. Es ist also ein erbärmliches Unternehmen der polnischen Parteileitung, wenn sie einen Gegensatz zwischen dem polnisch und dem deutsch sprechenden Theil der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu schaffen sucht und die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtigt.

Diese Darstellung eines unlösamen Vorwurfs bezweckt, den Nachweis zu erbringen, daß nicht die Macht der Kapitalisten, nicht der Einfluß des Besitztums und die Unterdrückungsbestrebungen seitens der Behörden in den polnischen Provinzen allein es sind, die den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung hindern, sondern daß auch Personen, welche sich Sozialdemokraten nennen, die im Interesse der polnisch sprechenden Arbeiter absolut notwendigen Organisationsbestrebungen verdächtigen.

Erfreulicher Weise hat trotzdem in der Provinz Posen und besonders in der Stadt Posen die Gewerkschaftsbewegung bedeutende Fortschritte gemacht. Ein demnächst erscheinender Jahresbericht des Bozner Sekretariats wird den Nächsten diesen Fortschritt der Bewegung ausweisen.

Wie in früheren Jahren, ist auch im letzten an einzelne Gewerkschaften Zuspruch zu größeren Agitationen gewährt worden. Ferner ist auf Kosten der Generalkommission eine Agitation unter den Arbeiterinnen des Königlich Preußischen Bezirks unternommen worden. Außerdem sind für einzelne Orte und Bezirke besondere Flugblätter hergestellt und verbreitet worden. Um

Uebrigen sind auf eine große Zahl von Anfragen, betreffend die Agitationen, Anweisungen, besonders an die Gewerkschaftskartelle, gegeben.

Mit den Gewerkschaftskartellen stand die Generalkommission nach wie vorher in regem Verkehr und hat sich auch das gegenseitige Verhältniß gestuft auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftskartelle des letzten Gewerkschaftskongresses sehr günstig und freundschaftlich gestaltet. Eine Ausnahme davon macht, wie bekannt, das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Vorgänge selbst sind bekannt. Dieses Kartell glaubte sich berechtigt, eine Revidierung der Beschlüsse des Dritten Gewerkschaftskongresses vornehmen zu können und eine von dem Kongress anerkannte Organisation als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu bezeichnen und dementsprechend zu behandeln. Andererseits anerkannte das Kartell eine Sonderorganisation, welcher der Gewerkschaftskongress ausdrücklich und rücksichtslos die Anerkennung versagte. Alle gültigen Vorstellungen seitens der Generalkommission blieben unbeachtet.

Auch der Hinweis darauf, daß das Kartell nur seinen Statutenbestimmungen gemäß zu verfahren brauche, um den Streit aus der Welt zu schaffen, blieb unbeachtet. Die Liebe zu einer Sonderorganisation, welche ihren Daseinszweck in der Bekämpfung des gewerkschaftlich bewährten Buchdruckerbandes sah, war so groß, daß man im Kartell vollständig übersah, welche unangenehme Folgen die Anerkennung einer solchen Gegenorganisation haben müsse.

Die Folgen sind eingetreten. Ein in der Arbeiterbewegung unerhörter Skandal hat sich entwickelt. Eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft läßt in einem der sozialdemokratischen Partei gehörenden Geschäft seine Mitglieder zum Streik greifen. Die Gegenorganisation stellt die Streikbrecher und der Streikbruch wird von Gewerkschaften, die auch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, als im Interesse der Partei liegend entschuldigt. Das ist der Glanz der bösen That. Wenn ein Gewerkschaftskartell, wenn ein sozialdemokratisches Blatt der Absplitterung in der Gewerkschaftsbewegung das Wort redet, so müssen die Dinge schließlich kommen, wie sie geschehen sind. Da die Einigungsvorhandlungen zur Zeit noch schwanken, so wollen wir uns mit diesen Ausführungen über die Sache begnügen. Die Generalkommission hat, als das Leipziger Gewerkschaftskartell nicht gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses handeln wollte, alle Beziehungen mit diesem Kartell abgebrochen. Die Aufforderung an die Vorsände der Verbände, die Delegierten aus dem Leipziger Kartell zurückzuziehen, hatte geringen Erfolg. Ein direkter Einfluß steht den Vorsänden nicht zu, weil die Delegierten zum Kartell in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Jedenfalls werden die Verbände, wenn der Streit in Leipzig nicht zu einem befriedigenden Abschluß kommt, zu entscheidender Stellungnahme genötigt sein.

Dass die Buchdruckergewerkschaft und ihr Organ der Generalkommission die ununtersteten Motive, so die Rücksicht auf die Beitragsteilung des Buchdruckerbandes, mit ihr Vorgehen nachfragte, ist bei dem Charakter dieser Organisation und ihres Organs selbstverständlich. Jeder Mensch pflegt ja bei den Handlungen anderer dieselben Motive vorauszusehen, die ihn selbst bei seinen Handlungen leiten. Dasselbe trifft auch auf diejenigen zu, welche sich in der Rolle des Nachbeters dieser Unterstellungen gefinden. Wenn ja an einer Stelle so wie es gegenüber dem Leipziger Gewerkschaftskartell einfache Verpflichtung der Generalkommission, so zu handeln, wie gefordert.

Statistik.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbezählung von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zählung gemacht und im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbezählung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streikstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahresende gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neuerichtung verursachte der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglichen, daß die Streikstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht wie bisher summarisch, sondern über jeden einzelnen Streik berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streikstatistik gegeben.

Dass die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht etwa entbehrließ macht, ist schon früher von uns betont worden. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen absolut nothwendig ist. In dem amtlichen Bericht über die Streiks im Jahre 1899 ist zwar darauf verwiesen, daß die beiden Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind, weil die Zählung seitens der Behörden nach Verwaltungsbereichen, seitens der Gewerkschaften aber nach Berufen erfolgt. Ohne daß die Zählmethode der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft doch, wie schon angeführt, ein Vergleich ermöglichen. Dadurch wird dann wohl die ursprünglich vorhandene lästige Abicht, aus der amtlichen Streikstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können, endgültig schwinden. Vielleicht auch kommt man dann an maßgebender Stelle noch zu der Erkenntnis, daß untergeordnete Polizeiorgane nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die Streiks zu machen, und schafft hier Wandel. Dann würde die amtliche Streikstatistik sich zu einem merkbaren Theil der Reichsstatistik entwickeln können. Die Gewerkschaftsstatistik ist deshalb zur Zeit merklicher als je zuvor. Dessen sollten die Beamten der Gewerkschaften, welche als Leiter der Streiks die ersten Materialien an die Verbandsvorsände einzulefern haben, eingedenkt sein. Die ihnen zugemuthete Arbeit ist nicht leicht und nicht gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung hat, muß die Beteiligten anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschuß des Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorsände arrangiert, unter vorliegenden Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des zu gewinnenden Mitgliederkreises vorhanden sind. Die Konferenz fand am 8. April 1900 in Homburg statt und waren Berater von 15 Verbandsvorsänden anwesend. Wenn auch keine bindende Beschlüsse gefaßt werden sind und gefaßt werden können, so hat doch die Meinungsverschiedenheit der Beteiligten dazu gezwungen, doch offiziell über die Sorge der Bürgerschaft zu der einen oder der anderen Organisation gerichtet werden wird.

Da für die Ziegler eine eigene Organisation nicht bestand und der Verband der Töpfer, welcher die Ziegler längere Zeit als Mitglieder aufnahm, beschlossen hatte, diese Prozis nicht mehr zu folgen, so wurde unter den beteiligten Organisationen Vereinbarung dahin getroffen, daß die Ziegler im Verbande der Fabrikarbeiter Aufnahme finden sollten. Neuerdings hat sich jedoch wieder ein eigener Zieglerverband mit dem Sitz in Detmold gebildet.

Das Lippe'sche Gebiet, wo auch der christliche Zieglerverband seinen Sitz hat, ist das geeignete für den Sitz einer Zieglerorganisation.

Von den Gewerkschaften des Ruhrgebietes wurde am 25. Juni 1899 eine Konferenz in Mühlheim a. d. Ruhr arrangiert. Besprochen wurde die Gründung von Arbeitsssekretariaten und die Einsetzung einer allgemeinen Agitationskommission für das Ruhrgebiet. Letztere sollte die von den Agitationskommissionen der einzelnen Branchen betriebene Agitation übernehmen. Gegenüber der auf der Konferenz vertretenen Meinung, daß in dem Bezirk Arbeitsssekretariate auf Kosten der Generalkommission errichtet und erhalten werden sollen, wurde von dem anwesenden Vertreter der letzteren erklärt, daß nach dem Besluß des Gewerkschaftskongresses die Generalkommission eventuell nur Zuflüsse zu solchen Sekretariaten leisten könne.

Verbedingung wäre also, daß zunächst die organisierten Arbeiter des betreffenden Bezirks durch Leistung entsprechender Beiträge beweisen, daß sie das Bedürfnis für Errichtung solcher Sekretariate empfinden.

Dasselbe wurde den auf den Besluß des Gewerkschaftskongresses sich stützenden Anforderungen zur Beihülfe für Errichtung von Sekretariaten in einer ganzen Anzahl anderer Orte und Bezirke entgegengehalten. Nur in einem Falle hat bisher die Generalkommission einen dauernden Zufluss von 600 Ml. jährlich für ein solches Sekretariatugesagt.

Die Übertragung der gesammelten Agitation an die erwähnte Agitationskommission erfolgte nicht, weil die Mehrheit der befragten Vorsitze der Meinung war, daß die Agitation zweckmäßiger durch Branchenkommissionen betrieben würde. Deswegen verblieb auch die in Aussicht genommene Gewährung von Mitteln an die genannte Kommission.

Die Verschaltung einer ähnlichen Konferenz, welche in Iserlohn stattfand, wurde unter diesen Umständen abgelehnt.

Die zwischen dem Verband der Textilarbeiter und dem niederrheinischen Weberverband ausgebrochenen Differenzen suchte die Generalkommission durch Berathungen, welche unter den beiderseitigen Vorsitzen unter Aufnahme eines Vertreters der Kommission stattfanden, auszugleichen. Der Ausgleich gelang nicht, weil der niederrheinische Verband die einzige mögliche Lösung der Differenz, das Eingehen eines festen Kartellverhältnisses mit dem deutschen Textilarbeiterverband, ablehnte.

Auch der Streit zwischen dem Verband der Lithographen und Steindrucker und dem neu gegründeten Lithographenverband suchte die Generalkommission zu beenden. Auf ihre Veranlassung fand am 10. Dezember 1900 in Saalfeld eine Konferenz von Vertretern der beiden Verbände statt. Die dort gefassten Beschlüsse waren derart, daß eine Einigung in sicherer Aussicht stand. Ob die Beteiligten für die Durchführung dieser Beschlüsse sorgen werden, läßt sich noch nicht bestimmt sagen.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress fanden insgesamt 36 Generalversammlungen resp. Verbandstage bei einzelnen Berufe statt und zwar:

1899: Zöllner, 21. Mai in Köln a. Rh.; Buchdrucker, 19. Juni in Mainz; Buchdruckarbeiter, 21. Mai in Berlin; Dachdecker,

27. Dezember in Magdeburg; Formstecher, 21. Mai in Köln a. Rh.; Glasarbeiter, 21. Mai in Nienburg a. W.; Gravure, 25. Juni in Leipzig; Porzellanarbeiter, 21. Mai in Rudolstadt; Schmiede, 22. Mai in Berlin; Töpfer, 23. Mai in Welten; 1900: Barbiere, 7. August in München; Bergarbeiter, 14. April in Altenburg; Brauer, 9. Mai in Dresden; Buchdrucker, 14. April in Berlin; Fabrikarbeiter, 5. August in Halberstadt; Formier, 4. Juni in Hamburg; Gärtner, 28. Januar in Hamburg; Gastwirthsgehülfen, 9. März in Berlin; Gemeinde-Betriebsarbeiter, 15. April in Berlin; Glaser, 3. Juni in Stuttgart; Hafenarbeiter, 22. Juli in Hamburg; Handlungsgehülfen, 3. Juni in Dresden; Holzarbeiter, 16. April in Nürnberg; Lagerhalter, 16. April in Magdeburg; Maler, 20. November in Würzburg; Maschinisten, 15. April in Nürnberg; Porzellanarbeiter, 1. Juli in Berlin; Sattler, 16. April in Berlin; Schneider, 20. August in Halle a. S.; Schuhmacher, 18. April in Magdeburg; Steinarbeiter, 3. Juni in Gotha; Steinseifer, 4. Februar in Berlin; Tabakarbeiter, 23. September in Mainz; Tapetizerer, 27. Juni in Nürnberg; Textilarbeiter, 14. April in Görlitz; Vergolder, 16. April in Brandenburg a. H.

Von diesen Generalversammlungen resp. Verbandstagen wurden 24 durch Vertreter der Generalkommission besucht. Es waren dies die Verbandstage folgender Berufe: Barbiere, Bergarbeiter, Buchdrucksgehülfen, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Formier, Gärtner, Gastwirthsgehülfen, Gemeinde-Betriebsarbeiter, Glaser, Gravure, Hafenarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Maschinisten, Porzellanarbeiter 1899 und 1900, Schneider, Schuhmacher, Steinseifer, Textilarbeiter, Töpfer und Vergolder. Die Delegation fand meist ausnahmslos auf Wunsch der Vorsitze der betreffenden Organisationen.

Ein Kongress der Lithographen, der am 17. September 1899 in Leipzig stattfand, hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Lithographen auch ferner dem Verbande der Lithographen und Steindrucker angehören sollen und ob der neu gegründete Lithographenverband einem Bedürfnis entspringe. Auch zu diesem Kongress, der sich dafür aussprach, daß die Lithographen vollauf ihre Interessen in dem alten Verbande vertreten finden, hatte die Generalkommission einen Vertreter entsandt. Desgleichen zu dem allgemeinen Fachkongress der Gastwirthsgehülfen am 6. März 1900 in Berlin, zu dem Internationalen Textilarbeiterkongress am 16. Juli 1900 in Berlin, dem Kongress der Gewerkschaften Österreichs am 11. Juni 1900 in Wien und zu dem Kongress der Gewerkschaften Belgiens am 24. Dezember 1900 in Brüssel.

Die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Frankreichs einberufenen Internationalen Gewerkschaftskongress lehnte die Generalkommission mit der Motivierung ab, daß, soweit allgemeine internationale Fragen gewerkschaftlicher Natur zu berathen sind, dies bis auf Weiteres in ausreichendem Maße durch den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress geschehen könnte. Zu diesem Kongress, der am 23. Septbr. 1900 in Paris stattfand, hat die Generalkommission zwar einen offiziellen Vertreter nicht entsandt (seine Mitglieder der Kommission waren von anderer Seite dorthin belegt), jedoch den Delegierten des Kongresses einen gedruckten Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland übermittelt. Der Bericht, in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wurde in 500 Exemplaren auf dem Kongress verteilt.

Ru einem Internationalen Arbeiterschut-

zongress, der am 25. Juli in Paris stattfand, wurde die Generalkommission nicht nur eingeladen, sondern es erging an sie, resp. an ihren Vorsitzen auch die Aufforderung, das Einberufungsschreiben mit zu unterzeichnen. Beides wurde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit motiviert, daß ein Vorbehalt für die Arbeiterschaft aus dem Kongress nicht erwachsen werde. Soweit die Propaganda für internationale Arbeiterschutz notwendig und möglich, müsse sie sich auch auf die Verbundungen des Arbeiterschutzkongresses in Zürich stützen. Dieser Propaganda dienen aber die internationalen Arbeiterschutzkongresse in größerem Maße, als dies von bürgerlichen Sozialpolitikern eingerufene Kongresse können.

Die Arbeiterversicherung.
Der Gewerkschaftskongress beauftragte die Generalkommission, für Ausklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter zu leiten.

Dem ersten Auftrage ist die Kommission durch Herausgabe der Broschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der Vorbericht der Wahlen soll diese Broschüre dienen. Unter den gegebenen Verhältnissen war jedoch mit einem großen Erfolg der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei diesen Wahlen nicht zu rechnen.

So viel bei den Wahlen der Vertreter resp. Beisitzer bei den Rentenstellen Ende 1899, als auch bei den Wahlen der Beisitzer in den Schiedsgerichten Ende 1900 hat die Generalkommission den in Betracht kommenden Gewerkschaftsstellen durch Zirkulare Anleitung für die Beihaltung an den Wahlen gegeben. In einzelnen Orten sind nach den hierher eingelauften Berichten auch die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt worden. In den nächsten Jahren mag, und dazu giebt die genannte Broschüre Anleitung, von unten heraus für diese Wahlen Vorbereitung getroffen werden. Dann wird, da schon unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen teilweise Erfolg erzielt worden ist, der Erfolg ein allgemeiner sein. Da bei all diesen Wählern die Art der Organisation der Rentenkassen entscheidend ist, so hat die Generalkommission begonnen, zunächst durch Umfrage bei den Verbandsvorständen Material zu sammeln, damit die Frage, welche Rasseart von den Gewerkschaften zu bevorzugen ist, allgemein entschieden werden kann.

Einem von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlag, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Sie erkannte an, daß eine solche Einrichtung notwendig und daß es Sache der Gewerkschaften ist, sie zu schaffen. Genaue Berechnungen haben jedoch ergeben, daß die Generalkommission aus den regelmäßigen Entnahmen die nicht unbedeutenden Kosten resp. die erforderlichen Zuflüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann. Es mag deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten Gewerkschaftskongress überlassen bleiben.

"Correspondenzblatt", Broschüren, „Operai italiano.“
Die Erhöhung der sozialen Gehaltsentnahmen der Generalkommission ermöglichen zu dieser dem Vorschlag des Gewerkschaftskongresses entsprechend, daß „Correspondenzblatt“ zu vergrößern und besser aufzugeben. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt regelmäßiger als bisherigen Format und seit dem 1. Januar 1901 in einem vergrößerten Format in farbiger Ausführung. Ein Blatt,

welcher sich ganz der Herstellung widmen konnte, wurde angestellt.

Von den 17 Bewerbern, welche sich auf die Ausschreibung des Redakteurpostens gemeldet hatten, wählte der Gewerkschaftsausschuss den Genossen Paul Umbrecht-Lipzig.

Die Auflage des Blattes stieg von 8950 Exemplaren im Juni 1899 auf 10 900 im Dezember 1900. Das Blatt wird in 1024 Einzelsendungen expediert.

Die schon erwähnte Broschüre „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ wurde in 10 000 Exemplaren hergestellt. Jeder Bevollmächtigte eines Zweigvereins soll ein Exemplar gratis zur Verwendung bei der Agitation erhalten. Die Ausstellung dieses Exemplars erfolgt durch den Vorstand der betreffenden Organisation. Den Mitgliedern der Organisationen wird die Schrift zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Nachdem durch reichsweite Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Aenderungen der Vereinsgesetze einen gewissen Abschluß erhalten haben, wurde die längst vergriffene Schrift „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes“ neu herausgegeben. Die Schrift, welche entsprechend den neueren Gesetzesbestimmungen und der geltenden Polizei- und Richtspraxis angepaßt ist, wurde in 5000 Exemplaren hergestellt.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ schreibt einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die höchste Auflage 3000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Italienern wurde auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in 4000 Exemplaren hergestellt.

Als Lohn für die Aufklärungsarbeit, welche der Verfasser der Broschüre und Redakteur von „L'Operaio“ unter den italienischen Arbeitern im Interesse des Kulturfortschritts betrieb, überreichte ihm die Hamburger Polizeibehörde einen Ausweisungsbefehl. Der Ausgewiesene, ein Schweizer Bürger, war höchstlich verwundert, einen solchen Beweis von der Freiheit in der sogenannten Republik Hamburg zu erhalten.

Da bei der allgemein bekannten Liebenswürdigkeit der Hamburger Polizeibehörde von vornherein mit der Eventualität der Ausweisung eines Redakteurs, der nicht Reichsangehöriger ist, gerechnet wurde, so traf der geführte Schlag nicht. Das Blatt konnte ruhig weiter erscheinen, ohne an seinem Inhalte auch nur das Geringste einzubüßen.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Generalkommission eine Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die Versammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegierte der Ausgesperrten referierten. Seitens der Generalkommission wurden 133 300 Mark nach Dänemark gesandt. Der nach Beendigung der Aussperrung eingegangene Betrag von 7394 M. wurde der Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Verbänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark gelandten Summen wurden aus Deutschland 217 572 M. den Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in Österreich ergab den Betrag von 19 000 M., welcher an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt wurde.

Bezüglich der inneren Verwaltung wollen wir, um nicht Einzelheiten anzuführen, nur bemerken, daß die Generalkommission 81 und der Gewerkschaftsausschuss 6 Sitzungen seit dem letzten Gewerkschaftskongress abgehalten hat. In der Besetzung der Lemter, der Höhe der Gehälter und der Entschädigung für Sitzungen sind Aenderungen seit dem letzten Kongress nicht eingetreten.

Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den letzten Jahren zeigt, wird voraussichtlich auch in den weiteren Jahren anhalten. Die Kommission wird nach wie vor bemüht sein, ihr bescheiden Theil zur äußeren Entwicklung und inneren Erstärkung der Gewerkschaften beizutragen.

Hamburg, 4. Februar 1901.
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Vorsitzender.

Amtlicher Theil.

42. Vorstandssitzung vom 5. 2. 1901.

An der Sitzung beteiligen sich: der Redakteur; von den Revisoren Poesecker.

Von Uhstädt wird ein längerer Bericht zur Kenntnis genommen und soll derselbe entsprechend beantwortet werden. — Ein Bericht von Gräfendorf wird zur Kenntnis genommen, den Ausgesperrten wird Unterstützung nach § 1 Abs. 5 des U.R. bewilligt; einige Neuaufrnahmen in den Verband werden vorläufig zurückgestellt. — Von Elster wird beantragt, im Organ auf vorläufige Firma ausverkauft zu machen, resp. den Zugang fortzuhalten; der Wechsel im Dreherpersonal sei groß, weil Niemand bei den mäßlichen Verhältnissen bestehen kann. Beschlossen wird, diese Angelegenheit zurückzustellen, bis ein genauer Bericht über die Verhältnisse vorliegt. — Ein Antrag der Firma Hermanns, die Sperrre über vorläufige Fabrik zu verhängen, wird abgelehnt; die dafür angeführten Gründe werden als nicht stichhaltig erachtet. — Ein Situationsbericht von Riedel wird zur Kenntnis genommen. — Neuleintingen berichtet, daß die schwedenden Differenzen nach erfolgten Verhandlungen erledigt sind. — Von Seib wird die Aufhebung der Sperrre über Firma Rosenthal (für Isolatorenrechner) beantragt; die Direktion hat die Erklärung gegeben, daß die Isolatoren unter den in Berlin üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt werden sollen. Auf Grund dieser Erklärung, für deren Richtigkeit die Kommission durch Unterschrift bürgt, wird die Sperrre aufgehoben. — Den noch vom Brand der Tschibalschen Fabrik in Blankenhain arbeitslosen Mitgliedern wird, soweit dieselben noch anspruchsberechtigt sind, nach begebrachten Nachweisen über Arbeitsbeschaffungen, weitere Unterstützung für 2 Wochen bewilligt. — In einer Rechtschutzsache Kolmar soll ein Gutachten des Rechtsanwalts Heine, Berlin, eingeholt werden. — Die beantragte Weiterunterstützung für Mitglied 23 225, Riedel, wird abgelehnt, nachdem er diese für 20 Wochen im letzten Jahre erhalten. — Dem Mitgliede 12 881, Neuhalden, wird Reisekarte bewilligt und weitere Unterstützung am Orte abgelehnt. — Weiterunterstützung am Orte für Mitglied 2886, Hüttensteinach, wird bewilligt. — Dem Mitgliede 24 460, Röhl, wird nach erfolgter Recherche Unterstüzung, nach Abzug der 14-tägigen Kündigungsfrist, bewilligt; das Mitglied 27 575, Balzer, wird nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen.

Bei der Anmeldung des Mitgliedes 24 467, Wilden, ist es gesellschaftlich verschwiegen und vom Bureau übersehen worden, daß derselbe Streikbrecher war, und nur mit Strafsarengzeit aufgenommen werden konnte; es wird deshalb eine solche von 3 Jahren nachträglich für denselben festgesetzt. — Mitglied 19 034, Raumburg, ist bei der Firma Richter vorüber arbeitslos geworden und ist dessen Unterstützung abgelehnt worden, weil dem Mitgliede, welches schon wiederholt bei derselben Firma entlassen worden ist, der Vorstandsbeschluß bekannt gestanden, wonach die ausführlich regelmäßig wiederehrenden Entlassungen bei dieser Firma nicht mehr unterstützt werden. Wenn Mitglied trotzdem bei der Firma Richter wieder in Arbeit getreten ist, hat es auch die Konsequenzen seines Handelns zu tragen. Ein erneuter Antrag auf Unterstützung wird unter denselben Voraussetzung wiederum abgelehnt. — Der Redakteur gibt zur Kenntnis, daß er am 5. 2. wegen Verleidigung des Bürgermeisters in Blaue mit 150 M. bestraft worden ist. Das Mitglied Riedel, Bergmann Wald, wird auf Antrag der dortigen Einzelmitglieder nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Von Weißwasser wird die Wiederaufnahme des im Vorjahr vom Verband ausgeschlossenen Röder Schmitt mit Zahlung eines Betrages beantragt, dem wird stattgegeben. — Das Mitglied

16 253 und 24 694, Baum, wird die beantragte Erlaubnis zum freiwilligen Verlassen des Arbeitsplatzes, unter Gewährung der Ansprüche auf Fahr- und Umzugskosten, gestattet. — Die beantragte Weiterunterstützung für Ilmenau wird verlegt, bis Nachweise über Arbeitsbeschaffungen beigebracht worden sind. — Mitglied 24 932, Burgstädt, hat sich wegen Unterstützungsverweigerung an das Schiedsgericht gewandt. Derselbe hatte keine Nachweise erbracht, daß er sich entsprechend dem § 10 des U.R. in ausreichender Weise um Arbeit bemühte. Dem Schiedsgericht, welches Auklärung in dieser Angelegenheit wünscht, soll dies mitgeteilt werden; die dem Letzteren gemachten Angaben des Mitgliedes bezüglich Bemühungen um Arbeit sind dem Vorstand vollständig neu, auch sind diese zum Theil unkontrollierbar.

G. Wollmann,
Vorstand.

J. Schneider,
Verbandschiftsführer.

Aus unserm Berufe.

Zur Aussperrung in Gräfenroda wird berichtet, daß nunmehr von der Hene'schen Fabrik 76 Personen (49 Arbeiter, 3 Lehrlinge und 24 Mädeln) daran beteiligt sind. Arbeitswillige habe Hene die vergangene Woche keine bekommen, obwohl sich sogar ein alter Harzsärrer (B. Heßner) in den Dienst des Herrn Hene als „Arbeitsvermittler“ gestellt hat. Dagegen hat die Firma Eckardt u. Menz einen Arbeiter, Karl Hildebrandt, und einen Lehrling, Fritz Strobel, als Erstakräfte ihrer ausgesperrten Arbeiter erhalten. Herr Hene scheint seine Wuth wegen der ganzen Affäre in erster Linie seine Lehrlinge fühlen zu lassen. Die Ohrfeigen sollen jetzt gang und gäbe sein, sogar einem Lehrling der frank ist, sollen Ohrfeigen appliziert werden sein und wird hiergegen wohl Strafanzeige veranlaßt werden. Bezeichnend ist auch folgender Briefwechsel:

„Herrn Carl Freitag

Frankenhain.

Hierdurch teilte ich Ihnen mit, daß ich Ihrem Sohne Adolph für Differenz in seiner Arbeitsleistung zwischen voriger Woche und seinem sonstigen Durchschnittswochenverdienst mit 6.35 M. belastet habe. Ferner mit 25 Pf. Strafe für Unpünktlichkeit. Ich werde in gleicher Weise auf Grund des § 7 des Lehrvertrages jede Woche verfahren. — Diese Beträge fürchte ich von seinen Spar-Einzügen.

Richtungsvoll W. Hene.

Hierauf die Antwort des Vaters des betreffenden Lehrlings an Hene:

Antwortlich Ihrer gefällige Zuschrift vom 11. d. M., welche ich heute erhielt, möchte ich Sie bitten, sich nicht so sehr zu beilegen, mein Sohn Adolph von einem Durchschnittsverdienst von 10 M. pro Woche jetzt auf mind. 6.35 M. abzuzeichnen. Für was und mit welchem Recht? Von einem Streikauftreten ist im § 7 nichts vorgesehen und diese Angelegenheit wird wohl die Quelle aller Unannehmlichkeiten sein. Wir wollen Sie feststellen, daß, wenn mein Sohn Adolph die ganze Woche nur 3 M. 35 Pf. Verdienst bei Ihnen hat, Sie durch ihn 6 M. 35 Pf. Schaden haben, und zwar solchen Schaden, wie er im § 7 vorgeschrieben. Vergreifen Sie sich nicht an der einbehalteten Spitzsumme. Wenn er Ihnen wirklich Schaden macht, ziehen Sie es ihm direkt ab vom Wochenverdienst. Sorgen Sie aber auch dafür, daß er 10 M. verdient.

Mit gebührender Hochachtung

C. A. Freitag.

Ein Lehrer Stichling soll in der Fortbildungsschule seinen Einfluß auf Lehrlinge ausüben, daß diese beim Herrn Hene treu bleiben. Mit Recht sind die Ausgesperrten in Gräfenroda darüber ungehalten und sind der Meinung, daß der Herr Schulmeister besser seine ganze Kraft dazu verwenden sollte, daß die jungen Leute etwas lernen.

Die Ausgesperrten verhalten sich ruhig und das wird ihnen auch die Sympathie der Einwohnerschaft sichern.

Die organisierten Bergmannarbeiter in Ohrdruf beschlossen, so lange die Aussperrung dauert, pro Kopf und Woche 30 Pf. nach Gräfenroda abzuführen, desgleichen beschloß die Bahnhofsstelle Gottha, 10 p.C. ihres Betriebes ausdrücklich den Ausgesperrten zusammen zu lassen.

Hoffen wir, daß die Solidarität der Bergmannarbeiter, sowohl durch Fernhalten jeden Zuganges, als auch durch Ausbringung genügender

Mittel sich bewährt und der brutale Angriff auf unsere Organisation zurückgeschlagen werden kann.

Wie bereits in voriger Nummer schon bemerkt, stadt alle freiwilligen Untersuchungsbeträge von den Zahlstellen und Mitgliedern nur an den Verbandsklassier Herden zu senden und machen wir unter Bezugnahme auf die von Gräfenroda an die Zahlstellenklassier ver sandten Karten nochmals ausdrücklich hierauf aufmerksam.

In Rudolstadt (Streik Schäfer u. Vater) ist eine Veränderung nicht eingetreten. Am Dienstag, den 12. Februar ist wieder ein Genosse aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Eisenberg. Hier scheint man es sich auf Seite der Arbeitgeber zur Pflicht gemacht zu haben, unsren Mitgliedern das Dasein so angenehm wie möglich zu machen. Den Neigen wollen wir eröffnen mit der F. A. Reinecke'schen Fabrik. Dort scheint man seit vorigem Jahre recht wenig gelernt, aber viel vergessen zu haben. Nach Beendigung der Aussperrung unserer Mitglieder im Vorjahr glaubte man, daß nun für lange Zeit Ruhe und Frieden eingekehrt sei. Diese Hoffnung stellte sich jedoch sehr bald als eine trügerische heraus. In letzter Zeit springt Herr Reinecke mit seinen Arbeitern, speziell den Drehern, sehr launenhaft um. Als Ideal schwebt ihm der Defekt abzugang vor Augen. Trotzdem er im vorigen Jahre versprach, keinen Defekt abzuziehen. Zu verschiedenen Malen schon hat er den Versuch hierzu gemacht. Jetzt hat er wieder einem Dreher 1,75 Ml. für Defekt abgezogen. Da sich der betreffende Dreher dies nicht ohne Weiteres gefallen ließ, erfolgte seine Kündigung. Natürlich! Wie sollte man denn sonst einen solchen Sünder, welcher es wagt, sich aufzulehnen, strafen. Da nun aber die Dreher die Ursache zu dem vor kommenden Defekt den mangelhaften Einrichtungen usw. zuschieben, wollen sie sich fernerhin nicht mehr berartige Abgänge gefallen lassen. Eine gütliche Vorstellung bei Herrn Reinecke war resultlos, indem genannter Herr rüdweg erklärte, er würde fernerhin jedem Dreher Defekt abziehen. "Wir glauben nun garnicht annehmen zu können, daß Herr Reinecke dies aufführt, da ihm doch unmöglich etwas davon gelegen sein kann, wenn er mit seinen Drehern schon wieder in Differenzen gerät. Wir wünschen, daß es uns noch gelingt, Herrn Reinecke anderen Sinnes zu machen. Im übrigen mag man jedoch Auswärts den Gang der Angelegenheit wohl beachten.

Des Weiteren muß mitgetheilt werden, daß in der Kalter Fabrik (jetzt Eisenberg) die Giecherpreise reduziert worden sind. Die Reduzierung soll 30 Prozent betragen. Man hat nun wohl versucht, der Sache ein harmloses Mantelchen umzuhängen, indem man den Drehern sagen ließ, die ersten respektive die jetzt anwesenden Dreher erhalten die alten Preise, nur für neu eintretende sollen die neuen Preise gelten. Das unsere dort beschäftigten Mitglieder diese Manipulation nicht so ruhig hinnehmen, ist selbstverständlich. Sie sind es ihrer Erfahrung schuldig sowie auch den eventuell neu eintretenden Kollegen, welche für den erniedrigten Preis arbeiten sollen. Es scheint beim neuen Oberbrecher das Verdienst zugesprechen sein, diese neue Einrichtung veranlaßt zu haben. Dieser Herr (Namens Witterer, zuletzt in Kronach) scheint in seiner früheren Stellung in Kronach recht niedrige Arbeitslöhne hinterlassen zu haben, ob ebenfalls durch seine Thaten wissen wir nicht. Die Eisenberger Löhne scheinen ihm ungeheuer hoch zu sein, deshalb hält er sich verpflichtet, die Löhne auf das nötige Maß herabzuschräuben.

Ob er in Bezug auf seinen Lohn resp. Gehalt ebenso denkt, glauben wir nicht. Es scheint nur zu beabsichtigen, falls die Eisenberger Arbeiter nicht billiger arbeiten wollen, Kronacher Dreher zu importieren. Wir zweifeln aber stark daran, daß die Kronacher Dreher wirklich bereit sind, einem eventuellen Ruf des Herrn Witterer zu folgen, um hier billiger zu arbeiten als die hiesigen Arbeiter. Die Kronacher Ge nossen wollen ebenfalls leben und auch nicht schlechter als die Eisenberger. Darum hoffen wir bestimmt, daß der Ruf, welcher nach Kronach erschallen wird, ungehört verhallt. Ebenso wird man andererorts wohl beachten, daß man den Eisenberger Dreher keine Konkurrenz macht, denn jeder "neue" muß für die "neuen" Preise arbeiten.

Zum Schluß wollen wir unseren Mitgliedern etwas von der Malerei Theodor Voigt in Eisenberg berichten. Von diesem Institut ist bis jetzt wenig an die Öffentlichkeit gedrungen, doch liegt dies nicht etwa daran, daß die Arbeitsverhältnisse kritiklos sind, sondern in diesem Geschäft hat man die Lehrlingszüchtung im vollsten Maße betrieben. Hatte so ein junger Mensch ausgelernt, blieb er in den meisten Fällen weiter im Geschäft. Er wurde dann auch fernerhin mit dem vertraulicher, "Du" angesprochen. Daß man von diesen Leuten nichts erfahren hat, daß sie mit ihrem Arbeitsverhältnis nicht zufrieden sind, steht auf der Hand. Neuerdings hat sich nun die Sache geändert, indem wahrscheinlich durch erweiterten Betrieb, drei fremde und ein hiesiger Maler in Arbeit traten. Durch diese Säudenfriede ist nun das traute Idylle endet worden; besonders ist es die Frau, die Mutter des lebigen Besitzers, welche die Maler unter ihren mütterlichen Schutz nimmt. Daß sie dabei nicht immer glimpflich verfährt, liegt auf der Hand, hat sie doch sogar in letzter Zeit einen ihres Schutzbefohlenen als "Lump" tituliert und dieser unbohnmäßige Arbeiter hat sie nun verklagt. Überhaupt ist man mit dem neuen Personal nicht mehr zufrieden, denn alle vier Männer müssen das traute Plätzchen verlassen. Ein Maler mußte sogar plötzlich aufhören. Auch die sanitären Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig; so soll z. B. unter der Malerei ein Kanal wegführen, welchem die "ließlichsten" Gerüche entsickommen. Auch sieht man voraus, daß die Maler gegen Kälte genügend abgehärtet sind, denn es soll noch den Berichten kaum auszuhalten sein. Der Verdienst beträgt im Durchschnitt ca. 17 Ml. Die Kollegen mögen diese Malerei gut im Auge behalten und bei etwaigen Malergeschäften recht vorsichtig sein.

In Nachstehendem drucken wir den Bericht der "Donau-Zeitung" über die Versammlung der "ausgestellten" Arbeiter der Lenischen Porzellanfabrik in Passau ab:

"In den Saalräumlichkeiten des Mohr'schen Gasthauses zu Lindenthal hat gestern Nachmittag die angekündigte Versammlung der ausgestellten Arbeiter und Arbeiterinnen der Lenischen Porzellanfabrik stattgefunden. Herr Formgießer Thollinger als Einberüster eröffnete dieselbe, ermahnte Alle, die das Wort nehmen würden, zur Diskussion und veranlaßte dann die Wahl eines Vorsitzenden, welche auf Herrn Formier Eger, und eines Schriftführers, welche auf Herrn Porzellansmaler Osterkorn fiel. Die hierauf vom Vorsitzenden angeordnete Auszählung der anwesenden ausgestellten Arbeiter und Arbeiterinnen ergab 200 Personen, während die Zahl der ausgestellten 280 beträgt.

Als erster Redner trat sodann Herr Thollinger auf, der eine an das Bezirksamt Passau gerichtete Resolution bekannt gab. In derselben bitten die Arbeiter und Arbeiter-

innen, für die Schankwirtschaft der Lenischen Fabrik Konzession zu erhellen, damit die Aussperrung des Personals wieder zurückgenommen werde. Die Schankwirtschaft sei ein unentbehrliches Bedürfnis nicht nur für das Personal, sondern auch für die Bewohnerchaft der Umgebung, für das 800 Köpfe starke Personal wegen der weiten Gassierung einer anderen Schankwirtschaft. Nicht nur zur Brodzeit, sondern auch Mittags sei das Personal auf die Len'sche Schankwirtschaft angewiesen, da viele in den entlegensten Theilen der Gemeinde oder der Stadt wohnen und daher das Mittagsmahl in der Len'schen Wirtschaft einnehmen. Auch war diese Wirtschaft speziell für die billigen Bedürfnisse der oft mit Kindern reich gesegneten Arbeiter und Arbeiterinnen eingerichtet. Die Bewohner der Umgebung seien meist Arbeiter und Arbeiterinnen des Herrn Len, welcher selbst drei Wohnhäuser in der Umgebung hat, die ausschließlich von seinen Arbeitern bewohnt sind. In der Resolution wird schließlich die hiesige Noth betont, in die viele Familien zur jüngigen Winterszeit durch die Arbeitslosigkeit gerathen werden. Auch kleine Geschäfteleute, bei welchen die Arbeiter auf Kreis ihre Sache laufen, seien stark in Müllerschaft gezogen. Angesichts dieses traurigen Zustandes hofft die Arbeiterschaft, daß das lgl. Bezirksamt möglichst Schritte unternimmt, welche die Wiederaufnahme der Arbeit herbeiführen, damit das Personal nicht der Gemeinde zur Last fallen muß. Diese Resolution wurde mit einem sich sehr scharf gegen das Bürgermeisteramt Heiderwies auspräsentenden Zusage angenommen. In der Debatte zieht der Vorsitzende Eger Herrn Kreislederer der Lüge, insofern dasselbe den Anzeigen gegen Herrn Lenk fernre stehen will. Rantzenpächter Herr Miesch behauptete, Herr Kreislederer habe persönlich Zeuge, welche Bier trugen, auf der Straße angehalten und gefragt, in welcher Wirtschaft sie das Bier geholt hätten. Zwischen war eine zweite Resolution eingelaufen, welche unter Anderem die Ausstellung eines anderen Fabrikinspektors verlangt und sich besonders scharf gegen die Machenschaften gewisser Personen, die nach Ansicht der Arbeiter eine parteilichen, gegen Herrn Lenk gerichteten Standpunkt eingenommen haben sollen, richtet.

Herr Magazinier Blaschel begründete ausführlich die Forderung bezüglich des Fabrikinspectors. Ja ganz Deutschland stehe der Fall einzlig da, daß bei einem Ausstande hunderte von Arbeitern wie ein Mann hinter ihrem Prinzipal stehen. Die Lage sei ernst. Auch die jetzt noch nicht ausgestellten, in Wochenlohn oder Gehalt stehenden Bediensteten und Beamten, seien von dem gleichen Losse bedroht und deshalb auch zur Versammlung erschienen, um mit den Ausgestellten Hand in Hand zu gehen. Bezirkamt und Gemeinde sollen offen erfahren, wie ernst die Sache steht. Der Vorsitzende recapitulierte nochmals den ganzen Verlauf der Aussperrung und fragte, ob Niemand aus der Versammlung Herrn Lenk Utrecht gebe. Herr Lenk erhielt hierauf durch einstimmige Verneinung dieser Frage ein Vertrauensvotum von seiner Arbeiterschaft.

Ein Gendarm erfuhr hierauf Namens des königlichen Bezirksamtes, es möchte einer der Einberüster mit Herrn Bürgermeister Stangl zum Bezirksamt kommen. Der Bürgermeister war jedoch nicht zu finden. Daß das königliche Bezirksamt keinen offiziellen Vertreter geschildert hatte, wurde vermitteilt. Der Vorsitzende Herr Eger bezeichnete wiederholz Herrn Kreislederer als Denjenigen, der die Schädigung der Arbeiterschaft verübt habe; derselbe möge dafür das Gehalt der jüngesten Kinder hören. Damit in Zukunft keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Len'schen Fabrikangehörigen und Ma-

hängen der Freisleberer'schen Restauration vorkommen sollen, verpflichteten sich alle Münzen auf Ehrenwort durch Handaufheben, die Freisleberer'sche Restauration zu meiden. Herr Wilech erzählte Vorfälle, daß Arbeiter der Lenf'schen Fabrik in der Restauration Freisleberer wegen ihrer Eigenschaft als Lenf'sche Arbeiter bestürzt worden sind. Die verschiedenen Resolutionen wurden schließlich in ein Ganzes zusammengefaßt und einstimmig angenommen. Dem Österreichisch-ungarischen Hilfsverein wurde in dankbarer Anerkennung der sofort befindeten Hilfsbereitschaft ein dreifaches Hoch ausgebracht und der Wunsch ausgesprochen, daß nöthigenfalls auch bezüglich der Unterstützung bayrischer Staatsangehöriger sich edle Menschlichkeit in gleicher Weise bekräftigen möge. Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden Eger brachte die Versammlung einstellig Herrn Lenf und seiner Familie ein stürmisches Hoch aus, als Zeichen, daß die Arbeiterschaft auch ferner treu zu ihrem Chef stehen werde. Eine angeregte Gegendemonstration für Herrn Freisleberer verhinderte der Fall des Vorsitzenden. Nach längerer Debatte wurde noch beschlossen, heute Freitag eine Deputation der Arbeiterschaft an das königliche Bezirksamt zu schicken, um bezüglich Unterstützung nothleidender Ausgestoßener vorstellig zu werden. Die Leute wollen nämlich ihrnlichst vermieden, der Gemeinde um Unterstützung zu kommen, um dadurch nicht die Verluste der öffentlichen Rechte zu erleiden, welche bei Wahlen, Verehrtung usw. mit dem Gewinne von Armenunterstützung verbunden sind. Die endgültige Fassung der Resolutionen an das königliche Bezirksamt wurde der Billigung von Vertrauensmännern vorbehalten und dem Vorsitzenden sowie Schriftführer der Partei für ihre Täglichkeit durch Erheben von den Sigen und ein Hoch ausgedrückt. Der Vorsitzende schloß nach mehr als dreistündiger Lauer die Versammlung mit der wiederholten Warnung vor Ausschreitungen; man solle der Arbeiterschaft des Herrn Lenf nichts andres nachsagen können, als daß sie treu zu ihrer Chir halten und darauf seien sie stolz.

Nach Schluß der Versammlung überbrachte der zum königlichen Bezirkontor entsandte Einberufer Herr Weiß den Wunsch, es möchte ein geeigneter Herr ins „Hotel Spahn“ kommen, um dem Vertreter der königlichen Kreisregierung über den Verlauf der Versammlung Bericht zu erstatten. Als Regierungskommissar war nämlich gestern Vormittag der königliche Regierungsrath Herr Frühmann hier selbst eingetroffen, welcher mit dem königlichen Bezirksamtmann Herrn Regierungsrath Wiesend einerseits und Herrn Lenf andererseits konferierte. — Vor Seite des königlichen Bezirksamtes wurden bereits Schritte unternommen, um den brodlosen Arbeitern Verdienst zu verschaffen. Es wurde von der Unternehmern des Winterhafenbaues, Herren Gebrüder Hallinger, in Aussicht gestellt, daß bei günstiger Witterung von nächster Woche ab 50 Mann auf der Radelau anfangen können, für die Mehrzahl der Lenf'schen Arbeiter durfte dies jedoch eine geeignete Beschäftigung nicht sein".

Die Hocas auf den Herrn Lenf sind ja selbstverständlich, — daß aber schon zwei Tage nach der „Ausstellung“ der Arbeiter die Kinder ein Geheul nach Brot erheben, das lädt den Gebäuden aufzumachen, daß die Verdienstverhältnisse in dieser Passauer Fabrik recht miserabil waren.

Den Kehd aber erreichen die ausgesperrten Arbeiter damit, daß sie in aller Ernst einen anderen Fabrikinspektor möchten! Es ist kaum zu glauben, daß es Arbeiter giebt, die sich zu einem solchen „Blutschwanz“ versteigen.

Wir wollten noch Diverles zu der An-

gelegenheit schreiben, eben finden wir aber eine kurze Notiz in einem anderen Gewerkschaftsblatt, daß die Aussperrung vorüber, der Betrieb der Lenf'schen Fabrik wieder aufgenommen worden sei.

Wir warten nun zunächst auf die freundliche Zusendung der betreffenden Nummer der „Donau-Zeitung“, aus der wir uns über diese Angelegenheit bisher informirten.

— Unter Bezugnahme auf das Maler- gesuch der Firma Eduard Kick in Amberg in der „Rundschau“ ersucht der Kollege Joh. Ackermann, Maler in Seib, diejenigen, welche bei obiger Firma in Arbeit treten möchten, sich zunächst Auskunft über dortige Verhältnisse bei ihm im eigenen Interesse einzuholen.

— Von Düsseldorf wird dem Vorstande von den bei der Firma Hibi, Düsseldorf-Bilk beschäftigten Malern mitgetheilt, daß eine Lohnreduzierung geplant ist, wozegen sich die Maler unter Berücksichtigung der theueren rheinischen Lebensbedingungen selbstverständlich wehren. Es dürfte sowohl im Interesse der dortigen Maler sowie auch aller Kollegen überhaupt liegen, wenn eventuelle Gesuche der Firma nach Malern unberücksichtigt bleiben. Wir werden in nächster Nummer, sofern eine Rendierung nicht eingetreten ist, darauf zurückkommen.

— In Ulm hatten die Kollegen eine ganze Reihe von Forderungen und Wünsche aufgestellt, die sie der Fabrikdirektion überreichten. Sie haben die Anerkennung einer Anzahl dieser Punkte erreicht und werden wir in nächster Nummer des Nächsten darauf eingehen.

Leider ist bei der Gelegenheit der Zahlstellenkäuferei anscheinend als Opfer gefallen resp. er ist entlassen worden. Vielleicht erfahren wir noch bis zur nächsten Nummer, daß diese Maßregel aufgehoben ist; im Interesse einer friedlichen Beilegung von Differenzen wäre das zu wünschen.

— Die „Solidarität“ schreibt: Bed. Porzellamarbeiter, Achtung! Bis jetzt haben bereits sieben Dzher, heils freiwillig, heils gefündigt das Eldorado (Firma Speck) verlassen. Dafür haben sich zwei Arbeitswillige gesunder, die sich zu der unsäglich traurigen Rolle hergaben, ihren Arbeitshüldern in den Rücken zu fallen und zu den reduzierten Preisen zu arbeiten. Es sind dies zwei noch lebige Menschen, Hugo Trötscher und Hermann Egl. beides beiden Ehemänner, beide aus Schlaggenwald, die jetzt in Zech während der Differenzen angefangen haben und sich nicht scheuen, die ohnehin traurigen Löhne noch tiefer herabzudrücken. Die Porzellamarbeiter allerorts müssen sich die beiden Namen gehörig einprägen und jeder sie mit der Achtung behandeln, die sie so redlich verdient haben. Trotz dieser beiden Preisdrücker werden wir ausharren in unserem gerechten Abwehrkampfe. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten. Die Folgen der Nichtbeachtung hat sich Jeder selbst zuschreiben.

Sozials. Gewerkschaftliches etc.

— Arbeiter des Kreises Waldenburg! Ihr wißt, wie schwer oder zeitweise wie unmöglich es für uns ist, für unsere Versammlungen zur Besprechung unserer wirtschaftlichen Lage Lokale zu erhalten, wie wir uns auch bei unseren Vergnügungen und Festlichkeiten aus Mangel an Mittelkosten, in welchen wir Aufnahme finden, mancherlei Geschäftsdurchläufe auferlegen müssen. Zwar hat im vergangenen Jahre ein guter Stern über uns geleuchtet. Zuletzt in Waisendorf, bald in Neu-Salzbrunn, bald in Weißstein fand es an einem her zweier Gastwirthe das Lehens-

recht auszugehen, und dann, wenn die Tage des Gasthauslebens für sie zu Ende gehen und Polizei und Honoratioren sie nur noch auf eine abschbare Zeit ihre Zucktrüthe fühlen lassen können, sind die Arbeiter gut genug ihnen die Taschen zu füllen und ihren Weggang von der Schaubühne noch etwas glimpflich zu gestalten. Aber, Arbeiter, es ist nur ein Zufall gewesen, daß wir im vorigen Jahre so viele Lokale und Säle zur Verfügung gehabt haben. Ihr wißt, wie auch die Gastwirthe, die uns als Gäste bei sich aufgenommen haben, stets unter dem Druck der Behörden zu leiden hatten, wie beim Wächter des Annahofes in Salzbrunn sogar Geld geboten wurde, falls er die uns zugegebene Zusage für eine Versammlung zurücknehme. Im laufenden Jahre ist der Druck auf die Gastwirthe nur noch größer geworden. Der neue Wächter in Annahofe zu Neu-Salzbrunn soll sich schriftlich haben verpflichten müssen, uns sein Lokal nicht mehr herzugeben, in Altwasser wurde ein Wirth erst vor vierzehn Tagen unter Hinweis auf die Folgen veranlaßt, eine bei ihm angekündigte Versammlung in letzter Stunde wieder abzusagen. In Ober-Hermsdorf und Hellhammer aber, wo uns bisher immer Lokale zur Verfügung standen, gehen die Gasthäuser jetzt zu Bruch, so daß sie zu Versammlungszeiten nicht mehr hergegeben werden und es eine Gnade ist, wenn den Wirthen noch gestattet wird, ein Tanz-Kränzchen abzuhalten!

Unter diesen Umständen, Arbeiter, ist es seit langem unser aller Wunsch, ein Gewerkschaftshaus, ein eigenes Heim zu besitzen, welches den Arbeitern aller Berufe für ernste und frohe Zwecke jeder Zeit zur Verfügung stehen, in welchen sie auch nach des Tages Lust und Mühe gern gesuchte Gäste sein sollen. Der Erfüllung unseres Wunsches sind wir im vorigen Jahre ein gutes Stück näher gekommen. Es hat sich auf Anregung des Waldenburger Gewerkschafts-Kartells zu Schluss des vorigen Jahres zum Bau oder Erwerb eines solchen Gewerkschaftshauses unter dem Namen „Saalbau-Verein“ zu Waldenburg eine Genossenschaft mit beschränkter Haftspflicht gebildet, welche beim Königlichen Amtsgericht zu Waldenburg in das Genossenschaftsregister eingetragen ist. Jeder Arbeiter kann sich unter Bezahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pf. mit einem Geschäftsanteil von 10 Mr. als Mitglied an dieser Genossenschaft beteiligen und die Beteiligung ist ihm noch insofern erleichtert, als er diese 10 Mr. nicht auf einmal zu bezahlen braucht, sondern als ihm monatliche Theilzahlungen gestattet sind, unter der Bedingung, daß in jedem Falle die 10 Mr. längstens in zwei Jahren bezahlt sein müssen. Wer Geld übrig hat, kann sich auch mit mehr als einem Geschäftsanteil an der Genossenschaft beteiligen.

Also leicht ist es Euch gemacht, nach Möglichkeit, Arbeiter! Nun zeigt, daß es Euch Ernst damit ist, vorwärts zu kommen! Ihr könnt nur vorwärts kommen, wenn es Euch gelingt, die große indifferente Masse Eurer Arbeitskollegen durch Belehrung auf Eure Seite zu ziehen. Belehrung können Eure Kameraden aber in erster Linie in Vorträgen und Versammlungen erhalten. Deshalb braucht Ihr vor Allem ein Versammlungslatal, in dem Ihr nicht jedes Mal von der Gnade des Wirthes und der Behörden abhängig, sondern in dem Ihr Euer eigener Herr seid. Erfragt alle Euer Schwestern zum Gelingen des Werkes bei und wie werden zum Ziele kommen. Wenn einer der organisierten Arbeiter im Kreise Waldenburg noch nur einen Einzelheiten gezeigt, so haben wir in zwei Jahren 30 000 Arbeitskollegen. Wie brauchen wir zu

unserem Gewerkschaftsrause nicht. Also thue jeder seine Pflicht! Alle Mann hinein in den Saalbau-Verein! Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder, sowie die Unterrichter, die wir in allen Ortschaften des Kreises bestellt haben und die sich durch eine Legitimation über die ihnen übertragenen Vollmachten ausweisen können, werden zur Entgegennahme von Willenserklärungen und Beiträgen, sowie zu jeder weiteren Auskunft stets gern bereit sein.

Waldenburg, den 12. Februar 1901.

Saalbau-Verein,
Gingetragene Genossenschaft mit beschränkter
Haftpflicht.

Für den Vorstand:

Emil Michaelis. Ernst Springer.
Ernst Kirchberg.

Kundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. Im Monat Januar hat die Arbeitslosigkeit einen Stand erreicht, wie er in der ganzen Zeit der niedergehenden Konjunktur noch nicht vorgekommen war. An den deutschen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des "Arbeitsmarkt" angeschlossen sind, drängten sich um 100 offene Stellen durchschnittlich 165,8 Arbeitsuchende (gegen 126,2 im Januar vorigen Jahres); während im ersten Monate des Vorjahres die Zahl der Beschäftigten in den Krankenkassen noch um 2,7 p.Ct. zunahm, ist sie diesmal um 1,5 p.Ct. zurückgegangen. Zu der Steigerung der Arbeitslosigkeit haben die außerordentliche Geschäftsschwäche und die Unsicherheit auf dem Eisenmarkt am meisten beigetragen. Die Leblosigkeit des Geschäfts kommt in der Thatache zum Ausdruck, daß in einem industriell so entwickelten Bezirk wie Luisburg der Güterzugsdienst schon ganz erheblich eingeschränkt werden muß. Im Eisengewerbe dauerken die Zwangsvorläufe fort. Das Misverhältniß zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikatpreisen hat einen solchen Grad erreicht, daß alle Konsume in die Syndikate drängen, die Preise wesentlich herabzusetzen. Die Rohstoffsyndikale selbst vermögen nur noch mit Schwierigkeiten ihre Erzeugung unterzubringen; auf den Hütten sammeln sich Vorräthe in Roheisen an und ein Hüttenoerl in Westfalen scheint genötigt, schon in nächster Zeit einen Hochofen auszublasen. Die Walzwerke, Eiseninstitutions-Werksstätten, Maschinenfabriken sind infolge Ungewissheit der Breitstellung des Roheisengesetzes völlig lahmgelegt. Von der Entwicklung des Eisenmarktes hängt die weitere Gestaltung der Krise auf dem Arbeitsmarkt im wesentlichen ab.

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Versammlung und erhebt beim Herrn Referenten zum Vortrage über "Sindikation" das Wort. Derselbe befürchtet jüngst vom idealen Standpunkt aus, daß ein jedes Wesen ein Recht zu leben hat und Niemand es vernichten dürfe. Die Folter aus dem Allerthum ist abgehoben, aber ist das etwas anderes, wenn an ein und denselben Thieren die verschiedensten grausamen Experiemente ohne Bedürfung verübt werden, unter dem Namen Wissenschaft? Ebenso auch an Menschen, es sind im neueren Zeit hauptsächlich Versuche an Menschen (auf Grund der Berichte ärztlicher Sachverständigen aus Kranken-häusern, Altnissen) bekannt geworden, die sonnenklar beweisen, daß welchen schweren Gefahren die Menschheit und insbesondere die direkte Volksschule, durch die Unbilligkeit bedroht ist. Der Vortragende bemerkt, daß mehr die Vorbedingung von Krankheiten gegeben mache, als Erziehung gefundener Wohnraum, öffentlicher Gebäude, Beschützung der Jugend in der Gesundheitslehre ic. Ganz besonders macht er auf die Nutzung von Naturhölzern hingewiesen, Sicherheitsmechanik, Schreibtafel, Hippotropismus und Magnetismus aufmerksam und bemerkt, Mediziner haben alles gegen von sozialem Bereich betreffende Gesetze so auch in einer einzigen gegen die Politik der Massenaktion möglichst Gleichung zu nehmen. Der Arbeitseinkommen wird von der Zulassung wegen vorgezelter Zeit abgelebt. Der Zahlstelle Geringe-Mitgliedschaften nicht.

wird 25 Mr. zur Bibliothek bewilligt; für einen Kunstbildungsweg werden 20 Mr. bewilligt. Ein Antrag, Gewährung einer Unterstützung für die Abgebrannten in Blankenhain, wird mit Rücksicht auf die letzte Notiz von dort im Organ, die das Verhalten der Mitglieder kennzeichnet, abgelehnt; an den Hauptvorstand sollen 50 Mr. geändert werden. Drei Kollegen melben sich zur Aufnahme, einer davon soll mit zweijähriger Strafarennzzeit belegt werden. Heraus Schlüß der von ca. 50 Mitgliedern besuchten Versammlung.

München. Die heilige Zahlstelle feierte am 27. Januar im Restaurant "Dall' U-mi" ihr heiltes Stiftungsfest, verbunden mit Konzert, Chorgesang, Vorträgen und Tanz, welches sich eines sehr guten Zusches zu erfreuen hatte. Die Gesangsvorführungen wurden von dem Arbeitergesangverein Neuhausen eracht und gediegen zu Gehör gebracht, ebenso die ernsten wie humoristischen Vorträge. Welcher Beifall lohn den Vortragenden. Bis spät in die Nacht hinein wurde noch dem Tanz gehuldigt. Die Mitglieder der Zahlstelle können deshalb stolz auf ihr Stiftungsfest zurückblicken, es war ein richtiges Arbeiterfest. "Vorwärts!"

Plane. Am Sonntag, den 3. Februar hielt die heilige Zahlstelle ihr diesjähriges Stiftungsfest ab. Man war bisher gewohnt, dasselbe durch eine Ballfeierlichkeit zu feiern, doch durch das immer scheinbar sich gestaltende Bestreben der Brüder, den Arbeitern das Recht zu beschränken, sind wir von einem Lokal in das andere verdrängt worden, so daß jetzt kein passender Saal zu einem Ballfeste mehr zu haben war. Es half sich deshalb unsere junge Gesangabteilung mit ihrem trefflichen Dirigenten Gen. D. Koch erboten, den Abend in der Halle des "Gasthauses zum Adler", welche auch bis auf den letzten Platz gefüllt war, durch ein gewähltes Programm in Chorliedern und humoristischen Vorträgen zu feiern. Wenn wir nun auch schon verschiedentlich Gelegenheit gehabt haben, das Königin dieser Abteilung kennen zu lernen, so mußte es doch manchem als ein Wagnis erscheinen, daß sie es unternommen hätte, sich in einem vollständigen "Konzert" hören zu lassen. Um so überraschender wirkte das Gebotene auf Jeden, da es alle Erwartungen bei Weitem übertraffen hat. Es muß den Dirigenten viele Mühe gekostet haben, seine Sänger (größtentheils notenunkundige Kollegen) in so kurzer Zeit so weit zu bringen, daß die vorgetragenen Chorlieder an Freihand und Freihand nichts zu wünschen übrig ließen und es würden die Lieder wohl die Anerkennung jedes Musikmanns gefunden haben. Man hoffte, es aber auch jedem Einzelnen an, doch er eifrig beigutragen. Auf jeden Vortrag besonders einzugehen, würde zu weit führen, wir wollen deshalb nur noch erwähnen, daß das Tenorsolo "Nun liegt so fern" von G. Bellanger sehr gut zu Gehör gebracht wurde, ebenso das von D. Busch, A. Bellanger, B. Petlet und D. Seifarth vorgetragene humoristische Quartett "Hinaus in die Ferne", welches wohl als die Glanznummer des Abends zu bezeichnen ist. Die Nachmusiken der Anwesenden besonders in Bewegung zu sehen verriethen die Kollegen B. Weiß, O. Möller, A. Erdenberg, mit ihren Couplets: "Zembla aus Bleiben", "Slinde von der Linde", "Die Räsemeltern" und "Zukunftsstaat", letzteres für diesen Abend sehr geeignet; nicht minder gut war das Duett "Regel und Spohn", vorgetragen von G. Wolke und M. Papst. So viel spricht der Abend in animirtester Stimmung. Zum Schluß wurde der jungen Gesangabteilung vom Vorsitzenden der Zahlstelle kurze Worte des Dankes und der Anerkennung gewidmet. Wie aber verbüthen mit diesem Dank den Wunsch, daß wir bald wieder Gelegenheit einer solchen Versammlung sind, da gerade der Gesang einer der wichtigsten Faktoren ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten.

Stadtteil II. Die am 11. Februar stattgefundenen Versammlungen waren von 57 Mitgliedern besucht. Unter Anderem wurde jüngst der Maler Berthold über Material- und Arbeitsausgabe geführt, weil es häufig vorkommt, daß dieselben 3 Stunden und noch länger täglich warten müssen. Um diesem Ubelstande abzuheben, wurde der Beschluss gefaßt, folgende Vorbereitungen der Direktion zu unternehmen: 1. Die Arbeit soll 1. Tag von 9—12 Uhr eingeschrieben werden und zwar so, daß Lehramann längstens 2 Tage zu thun hat. 2. Samstags neue Muster sollen in Aquarellfarben auf Papier gezeichnet und in den Materialstuben ausliegen. Dieses soll der Direktion schriftlich vorgelegt werden, mit dem Gründen, eine schriftliche Erfärrung abzugeben, ob die selbe gewillt ist, diesem Ubelstande abzuheben. Inzwischen hat sich die Sache damit erledigt, daß die Maler Montag, den 18. Februar wegen Geförtzangels aussehen müssen und nächsten Sonnabend welche gefundene werden sollen. Gestigt wurde, daß die Frühstück, Mittags- und Kesselpausen von älteren Kollegen nicht eingehalten werden; sofern das nicht aufhort, sollen die Betriebsleiter wort und in den Versammlungen resp. in der "Amicale" veröffentlicht werden.

Ursammlungsbericht.

Berlin II. Versammlung, Dienstag, 26. Februar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Gattung: Bibliotheksabend. Die Zahlstellen sind in dieser Versammlung wegen Revision der Bibliothek abzugeben.

Blankenhain. Sonnabend, 22. Februar im "Goldenen Ring".

Urzberg. Sonntag, 3. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Berlin II. Sonnabend, 23. Februar, Abends 8 Uhr Fahradend bei Wallstraße (Holl) 1000 Mark, für die 21. Bibliothek. Montag, 25. Februar, Abends 8½ Uhr: Verwaltungssitzung ebenda ebenfalls.

Blankenhain. Sonnabend, 2. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Erklärung unseres Statutes. Alle Mitglieder mögen erscheinen.

Darmstadt. Sonnabend, 24. Februar, Abends 7 Uhr im "Geisheimer Hof".

Gießenburg. Sonnabend, 2. März, Abends 8 Uhr im "Auffenpost". Mittige Gießenburg.

Frankfurt (O). Sonnabend, 2. März, Abends im "Akademischen Bierhalle".

Griffenbach. Sonntag, 3. März, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

Rahden. Sonnabend, 2. März, Abends 8 Uhr im "Rosengarten".

Rohrbüttel. Sonnabend, 22. Februar, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Es haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Rüdesheim. Sonnabend, 23. Februar, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Plaue. Sonntag, 24. Februar, Abends 8 Uhr im "Adler". Wichtige Tagesordnung, deshalb wollen sämmtliche Mitglieder erscheinen.

Schönwald. Sonnabend, 23. Februar, Abends 7 Uhr im "Kreislokal".

Spatzau. Sonnabend, 2. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal (V.H.).

Suhl. Sonntag, 3. März, Abends 8 Uhr im "Gasthaus „Zu den 3 Linden“ zu Goldlauter.

Tiefenfurt. Sonnabend, 2. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.



Goldschmiede

goldhaltige Rappen und Blaschen trug zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Hoffmann, Stadtteil II, Berlin. Sonnabend, 25. Februar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

2. Wintervergnügen

im "Kilia-Saal", Dorfstrasse 14. Für gute Unterhaltung ist bestens gesorgt. Gäste können nur durch Mitglieder eingeladen werden. Einziger Liederchor wird zur Unterhaltung unseres ausgesteuerten Mitgliedes verwendet. Eine zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Verwaltung. Kuhla Sonntag, den 24. Februar findet die heilige Zahlstelle ihr diesjähriges

Stiftungsfest

im "Rosengarten". Nachmittags 3 Uhr: Konzert unter Mitwirkung des Vereins "Freie Sänger". Festrede vom Gen. Mehlitz-Altenburg. Abends 8 Uhr.

Die Mitglieder der Zahlstelle Kuhla, sowie die umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlich eingeladen.

Die Verwaltung. Müschen. Sonnabend, 2. März findet im Restaurant "Zur Klinik", die Schiller- und Kindergesellschaft, eine

öffentliche Porzellancarbeiter-Versammlung

statt, wobei die Kuhlaer Kollegen ebenfalls eingeladen werden.

Zeitung

1. Vortrag des Gen. Mehlitz. Bericht und Neuanfang des Delegierten zum Geschäftsführeramt 3. Urkundliches. 4. Vorlesungen. Die Verwaltung.

Magdeburg. Ruhben ist neue Nomar der Vertrieb in der Ostmark und Oste. Garvens, norm. A. Bauer, wieder zum promoviert ist, und auch bereits zahlreiche Collektionsreise von Dreden zu vergangenen Kollegen, wodurch bei obiger Stunde in Stellung treten wollen, werden darum am Ende, sich vorher bei der Verwaltung der Zahlstelle S. a. d. u. nach dem jeweiligen Stand des Verhältnisse bestellt zu erfinden.

Ulm. Die nach ordentlichen Normen (3. Urk. u. Co.) qualifizierten mitlauf. über vom Mitarbeiterpersonal Galuba u. Dörfner als Unterstiftung eingestuft.

Nienfert. Sonnabend, den 23. Februar feiert die heisige Zahlstelle im Saale des Herrn Böhme ihr diesjähriges

Giftungsfest.

Um 9 Uhr. Die umliegenden Zahlstellen werden somit freundlich eingeladen. Die Verwaltung.

Kolmar i. Posen. Wegen Konkurrenz-
exöfning über die Porzellanfabrik Kolmar
i. Posen, Akt.-G., sucht das Malerpersonal,
8 Mann stark, anderweitiges Engagement.
Werthe Postdienste sind in Carl Schubert,
Porzellanmaler, Kolmar i. P., Stadtstraße 20,
zu richten.

28 Jahre alt, in allen Fächern dieser Branche bewandert,
besonders im Überformen (Trommel) und Muffelmachen
vertraut, sucht sofort Stellung. Kollegen, welche einen
Platz wissen, werden erucht, ggf. Offerten unter
"Kapseldreher" an die R. d. B. zu richten.

Ein Kapseldreher

Resultat der Mitglieder-Abstimmung über folgende Fragen:

- Soll über den Antrag Fürstenberg a. B. ic. eine sofort einzuberufende General-Versammlung entscheiden?
- Soll die Erledigung dieser Angelegenheit zurückgestellt werden bis zur nächsten ordentlichen General-Versammlung?
- Sollen die Delegierten der letzten außerordentlichen General-Versammlung die für Wäsche, Kleider ic. erhaltenen 10 Mk. (zehn Mark) an die Verbandskasse zurückzahlen?
- Soll der Vorstand ebenfalls die inklusive seines Gehaltes 10 Mk. (zehn Mark) pro Tag übersteigenden Gelder während der General-Versammlung an die Verbandskasse zurückzahlen?

Zahlstellen	Frage I für gegen entb.	Frage II für gegen entb.	Frage III für gegen entb.	Frage IV für gegen entb.	Zahlstellen	Frage I für gegen entb.	Frage II für gegen entb.	Frage III für gegen entb.	Frage IV für gegen entb.
Wendorf	9	—	9	—	Markt-Rebitz	30	—	30	—
Witten	12	—	12	1	Martinroda	17	1	16	1
Mahlsdorfsleben	10	—	10	—	Weissen	22	1	21	—
Altwasser	75	—	75	—	Meuselbach	6	—	5	—
Sinnaburg	46	—	46	—	Wüitterteich	37	—	37	—
Arzberg	87	—	87	25	Moschendorf	40	—	26	8
Bautzen	12	—	12	—	München	18	2	18	—
Berlin I	11	—	10	1	Reuhaldensleben	28	1	27	2
Berlin II	57	1	53	1	Neuhaus	25	—	25	—
Berlin II (aus- wärtige Mitgl.)	40	—	40	—	Neuleiningen	12	—	12	4
Berlin-Moabit	23	—	23	1	Neustadt	7	2	5	—
Blankenhain	29	—	1	28	Rosse	11	4	7	—
Bonn-Poppelsdorf	16	—	16	—	Nürnberg	26	—	26	—
Breslau	7	—	7	—	Nymphenburg	24	—	1	23
Bückau	42	—	41	1	Überhausen	3	40	1	40
Charlottenburg	39	18	50	7	Überhondorf	—	13	11	2
Coburg	46	—	46	8	Überlohrau	12	—	12	—
Colditz	38	1	38	1	Oberlößnitz	8	—	8	—
Darmstadt	5	—	1	4	Oberdruck	50	2	49	5
Dresden	63	—	1	62	Oberheim	25	2	25	2
Döbeln	10	—	10	—	Piesau	16	—	16	—
Düsseldorf	28	—	28	—	Plaue	38	—	38	—
Eilenberg	85	1	85	5	Witschappel	31	—	31	—
Elberfeld	14	—	14	—	Probtsdorff	—	—	21	2
Eisersburg	12	—	12	—	Rathenow	11	—	11	—
Emmerich	7	—	7	—	Reichenbach	10	—	10	—
Farge	19	—	19	—	Rhein	8	48	6	50
Frankfurt a. M.	11	1	11	1	Riedenburg	17	—	17	3
Frankfurt a. O.	14	—	9	5	Röba	17	—	10	7
Fraureuth	30	—	30	1	Rohslau	25	—	17	9
Freiberg	10	—	3	7	Roholstadt-Böhl- stedt	36	6	39	1
Fretzdorf	12	—	6	7	Schauberg	34	—	34	—
Härtensberg a. W.	54	—	52	35	Schedewitz	2	18	1	18
Härtensberg a. O.	8	—	8	7	Schierbach	31	1	29	1
Hera	28	—	28	7	Schnell	20	—	20	—
Heringswalde	8	—	8	—	Schönwald	52	—	52	7
Geschmenda	32	—	1	82	Schramberg	38	1	38	1
Gotha	62	1	62	2	Schwartz	31	—	31	5
Gräfenhain	40	—	40	—	Schwarzendach	25	—	23	2
Gräfenroda	40	—	40	—	Schwelm	17	—	17	—
Gräfenthal	14	5	9	4	Silb	1	43	2	39
Großbreitenbach	10	—	10	—	Sophienau	44	1	43	2
Großknottern	15	—	15	—	Sprau	19	—	19	—
Hamburg	6	—	6	—	Sorgau	34	—	32	2
Hamm	—	—	—	—	Standau	8	—	8	—
Hausen	—	—	—	—	Stadtlaub	1	39	6	15
Hermersdorf	65	5	65	5	Stadtengelsdorf	31	—	31	—
Hirschau	20	—	20	—	Stuhlaus	18	—	14	—
Hirschberg	14	—	14	—	Sühl	29	—	16	14
Hohenberg	13	—	13	—	Tambach	10	—	10	9
Hüttensteinach	38	—	2	35	Tettau	51	2	53	24
Altenau	69	—	69	13	Tirsau	87	—	87	1
Rahna	133	—	133	—	Töplitz	32	—	32	—
Ramenz	9	—	9	—	Uhstadt	38	—	68	—
Römhütte	10	—	10	—	Uerpörlitz	29	—	27	4
Kolmar	72	—	70	—	Unterweißbach	8	—	8	6
Königswartha	14	—	13	1	Verjed	8	—	8	8
Königsgrätz	5	—	5	—	Vordamm	30	—	30	—
Köppelsdorf	35	—	35	—	Waldenburg	43	—	42	1
Kronach	60	1	56	2	Wallendorf	21	—	20	1
Krummenach	12	1	11	1	Waldlossen	22	—	22	—
Küns	26	—	26	12	Waldem	19	—	19	—
Kunigswiesen	25	—	25	8	Wingarten	6	—	6	3
Lettin	17	—	17	—	Wittnau	32	2	31	2
Manebach	12	—	12	—	Wittig	31	—	31	—
Margarethenhütte	28	—	28	2	Wittenberg	29	—	27	2
Mannheim-Rüder-	16	—	16	—	Wunsiedel	44	—	44	6
thal	10	—	10	—	Zell a. H.	38	—	38	1
Wartleuthen	—	—	—	—	Summe	22	3715	67	240
						3589	54	375	3807
						755	122	750	2870
						131			

Redigirt Berlin, den 15. Februar 1901.

Wilhelm Poenseler, Verbandsredakteur.

Von nachstehenden Zahlstellen sind Stellvokate nicht eingefundet worden: Bitterfeld, Breitenbach, Burgstädt, Cisterne, Elsterwerda, Saargemünd, Sipplendorf,

Großostheim und Zirndorff.

Geändert gegeben durch Redakteur des Postblattes u. Bergbauteile. — Herausg. Richard Jahr, Berlin SO. Engelstraße 15 II.

Druck und Verlag: Otto Soette, Charlottenburg, Allee 69.